



Verwaltungsausschuss

Beschluss über die jährliche Anpassung
der Gehälter 2024

Luxemburg, den 14. Februar 2025

ERLÄUTERUNG

Am 25. November 2024 verabschiedete der Haushaltsausschuss des Einheitlichen Patentgerichts den Beschluss D-BC/04/25112024, der seinen Vorschlag für die jährliche Anpassung der Gehälter 2024 gemäß Regel 4 der Regeln zur Anpassung der Vergütung der Richter, des Kanzlers, des Hilfskanzlers und des Personals des Einheitlichen Patentgerichts enthält. Diese Regeln wurden vom Verwaltungsausschuss am 16. Oktober 2024 mit dem Beschluss D-AC/05/19072024 (im Folgenden „Regeln zur Anpassung der Vergütung“) verabschiedet und setzen Artikel 33 des Beschäftigungsstatuts und Artikel 20 des Personalstatuts um. Der Vorschlag des Haushaltsausschusses ist als Anhang A beigefügt

Die Regeln zur Anpassung der Vergütung und folglich auch der Vorschlag des Haushaltsausschusses basieren auf der im Statut der Beamten der Europäischen Union festgelegten Methodik. Insbesondere stützen sie sich auf den Jahresbericht des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat), der die Veränderungen der Lebenshaltungskosten und der Kaufkraft der Gehälter im nationalen öffentlichen Dienst der Zentralregierungen untersucht. Diese Veränderungen werden in einem gemeinsamen Index und einem spezifischen Indikator dargestellt.

Auf dieser Grundlage hat der Haushaltsausschuss vorgeschlagen, die Vergütung der Richter, des Kanzlers, des Hilfskanzlers und des Personals des Einheitlichen Gerichts rückwirkend zum 1. Oktober 2024 um 7,3 Prozent zu erhöhen und eine zusätzliche Erhöhung von 1,2 Prozent ab dem 1. April 2025 zu berücksichtigen. Der Vorschlag umfasst die entsprechenden Anpassungen der Erziehungszulage und Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder.

Der Vorschlag wurde anschließend vom Vorsitzenden des Haushaltsausschusses dem Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses vorgelegt. Daraufhin forderte der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses am 29. November 2024 das Präsidium auf, zu dem Vorschlag Stellung zu nehmen.

Am 9. Dezember 2024 nahm das Präsidium zu dem Vorschlag Stellung und sprach seine Zustimmung aus. Die Stellungnahme des Präsidiums ist als Anhang B beigefügt.

Auf Grundlage des oben Gesagten wird der Verwaltungsausschuss aufgefordert, den folgenden Beschluss zu fassen.

BESCHLUSS DES VERWALTUNGSAUSSCHUSSES VOM 14. FEBRUAR 2025 ÜBER DIE JÄHRLICHE ANPASSUNG 2024 DER VERGÜTUNG DER RICHTER, DES KANZLERS, DES HILFSKANZLERS UND DES PERSONALS DES EINHEITLICHEN PATENTGERICHTS

DER VERWALTUNGSAUSSCHUSS

GESTÜTZT auf die Satzung des Einheitlichen Patentgerichts und insbesondere auf Artikel 12;

GESTÜTZT auf das Statut der Beschäftigungsbedingungen für die Richter, den Kanzler und den Hilfskanzler des Einheitlichen Patentgerichts und insbesondere auf Artikel 33;

GESTÜTZT auf das Personalstatuts des Einheitlichen Patentgerichts und insbesondere auf Artikel 21;

GESTÜTZT auf die Regeln zur Anpassung der Vergütung der Richter, des Kanzlers, des Hilfskanzlers und des Personals des Einheitlichen Patentgerichts; und

GESTÜTZT auf den Vorschlag des Haushaltsausschusses;

HAT DEN FOLGENDEN BESCHLUSS GEFASST:

Artikel 1

Die Bruttovergütung der Richter, des Kanzlers, des Hilfskanzlers und des Personals des Einheitlichen Gerichts wird rückwirkend zum 1. Oktober 2024 um 7,3 Prozent erhöht. Die entsprechende Anpassung gilt auch für die Erziehungszulage und die Zulage für unterhaltsberechtignte Kinder. Die daraus resultierenden aktualisierten Beträge im Statut der Beschäftigungsbedingungen für die Richter, den Kanzler und den Hilfskanzler des Einheitlichen Patentgerichts sowie im Personalstatut des Einheitlichen Patentgerichts, die zu diesem Zweck mit Wirkung ab dem genannten Datum geändert werden, ergeben sich aus Anhang 1.

Artikel 2

Die Bruttovergütung der Richter, des Kanzlers, des Hilfskanzlers und des Personals des Einheitlichen Gerichts wird zum 1. April 2025 um zusätzliche 1,2 Prozent erhöht. Die entsprechende Anpassung gilt auch für die Erziehungszulage und die Zulage für unterhaltsberechtignte Kinder. Die daraus resultierenden aktualisierten Beträge im Statut der Beschäftigungsbedingungen für die Richter, den Kanzler und den Hilfskanzler des Einheitlichen Patentgerichts sowie im Personalstatut des Einheitlichen Patentgerichts, die zu diesem Zweck mit Wirkung ab dem genannten Datum geändert werden, ergeben sich aus Anhang 2.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am 14. Februar 2025 in Kraft.

Geschehen zu Luxemburg am 14. Februar 2025.

Für den Verwaltungsausschuss

Unterzeichnet Johannes Karcher

Der Vorsitzende

ANHANG 1**STATUT DER BESCHÄFTIGUNGSBEDINGUNGEN FÜR DIE RICHTER, DEN KANZLER UND DEN HILFSKANZLER DES EINHEITLICHEN PATENTGERICHTS****Artikel 32****Höhe des monatlichen Grundgehalts**

1. Die Höhe des monatlichen Grundgehalts der Richter ist der nachstehenden Tabelle zu entnehmen:

| | <i>Bruttogehalt (in Euro)</i> |
|------------------------|-----------------------------------|
| Berufungsgericht | <u>21 527</u> |
| Gericht erster Instanz | <u>19 410</u> |

2. Der Präsident des Berufungsgerichts und der Präsident des Gerichts erster Instanz erhalten ein monatliches Grundgehalt in Höhe von 105 % des monatlichen Grundgehalts der Richter ihrer jeweiligen Instanz.

3. Die Höhe des monatlichen Grundgehalts des Kanzlers und des Hilfskanzlers ist der nachstehenden Tabelle zu entnehmen:

| | <i>Bruttogehalt (in Euro)</i> |
|--------------|-----------------------------------|
| Kanzler | <u>21 527</u> |
| Hilfskanzler | <u>19 410</u> |

Artikel 34**Familienzulagen**

1. Familienzulagen umfassen

- a) die Haushaltszulage, deren Grundbetrag auf die Hälfte der unter Buchstabe c vorgesehenen Zulage für unterhaltsberechtigter Kinder zuzüglich 2 % des monatlichen Nettogrundgehalts festgesetzt wird. Sie wird Richtern, dem Kanzler und dem Hilfskanzler gewährt, die verheiratet sind oder eine eingetragene Partnerschaft führen und sofern sie nicht Staatsangehörige des Landes ihrer dienstlichen Verwendung sind, solange der Ehegatte bzw. Partner nicht erwerbstätig ist;

- b) Die Erziehungszulage, die Richtern, Kanzler und Hilfskanzler bis zu einem Höchstbetrag von **274 Euro** pro Kind und Monat gewährt wird sofern sie nicht Staatsangehörige des Landes ihrer dienstlichen Verwendung sind;
- c) Die Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder, die auf **318 Euro** pro Kind und Monat festgesetzt wird. Sie wird den Richtern, dem Kanzler und dem Hilfskanzler gewährt;
- d) die Zulage für behinderte oder schwerbehinderte Kinder und die Erstattung von durch die Behinderung verursachten Erziehungs- und Ausbildungsausgaben. Der monatliche Grundbetrag der Zulage für behinderte Kinder wird auf die Höhe der Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder festgesetzt. Der monatliche Grundbetrag der Zulage für schwerbehinderte Kinder wird auf das Doppelte der Zulage für behinderte Kinder festgesetzt. Es werden 90 % der in den Durchführungsvorschriften gemäß Artikel 53 Absatz 1 dieses Statuts definierten Ausgaben für Erziehung oder Ausbildung erstattet, ausgehend von dem nach Abzug aller anderweitig für denselben Zweck erhaltenen Zahlungen verbleibenden Ausgabenbetrag.

Zulagenberechtigte Teilzeitrichter erhalten nach Maßgabe des Artikels 27 Absatz 3 anteilig gekürzte Familienzulagen.

2. Sofern ein Richter, der Kanzler oder der Hilfskanzler Anspruch auf eine der vorgenannten Familienzulagen hat, unterrichtet er umgehend den Präsidenten des Berufungsgerichts oder – im Falle der Richter des Gerichts erster Instanz und des Hilfskanzlers – den Präsidenten des Gerichts erster Instanz über alle anderweitig für denselben Zweck erhaltenen vergleichbaren Zahlungen, die er selbst, sein Ehegatte oder das andere Elternteil des Kindes erhält. Diese werden von den nach Maßgabe dieses Statuts gezahlten Zulagen abgezogen.
3. Sind beide Elternteile beim Gericht beschäftigt und teilen sich das Sorgerecht bzw. wechselt das Sorgerecht zwischen ihnen, so werden die Zulagen zu gleichen Anteilen an beide ausgezahlt. Die Elternteile können jedoch in beiderseitigem Einvernehmen entscheiden, wer von ihnen die Zulagen erhalten soll.

*

* *

PERSONALSTATUT DES EINHEITLICHEN PATENTGERICHTS

Artikel 21

Familienzulagen

1. Familienzulagen umfassen

a) die Haushaltszulage, deren Grundbetrag auf die Hälfte der unter Buchstabe c vorgesehenen Zulage für unterhaltsberechtigzte Kinder zuzüglich 2 % des monatlichen Nettogrundgehalts festgesetzt wird. Sie wird Personalangehörigen, die nicht Staatsangehörige des Landes ihrer dienstlichen Verwendung sind, und deren Ehepartner keine bezahlte Tätigkeit ausüben, gewährt;

b) die Erziehungszulage, die Personalangehörigen, die nicht Staatsangehörige des Landes ihrer dienstlichen Verwendung sind, bis zu einem Höchstbetrag von **274 Euro** pro Kind und Monat gewährt wird;

c) die Zulage für unterhaltsberechtigzte Kinder, die auf **318 Euro** pro Kind und Monat festgesetzt wird.

d) die Zulage für behinderte oder schwerbehinderte Kinder und die Erstattung von durch die Behinderung verursachten Erziehungs- und Ausbildungsausgaben. Der monatliche Grundbetrag der Zulage für behinderte Kinder wird auf die Höhe der Zulage für unterhaltsberechtigzte Kinder festgesetzt. Der monatliche Grundbetrag der Zulage für schwerbehinderte Kinder wird auf das Doppelte der Zulage für behinderte Kinder festgesetzt. Es werden 90 % der in den Durchführungsvorschriften gemäß Artikel 42 Absatz 1 dieses Statuts definierten Ausgaben für Erziehung oder Ausbildung erstattet, ausgehend von dem nach Abzug aller anderweitig für denselben Zweck erhaltenen Zahlungen verbleibenden Ausgabenbetrag. Erstattungsfähig sind nur die für die Erziehung oder Ausbildung des behinderten oder schwerbehinderten Kindes aufgewendeten Ausgaben, die auf dessen Bedürfnisse zugeschnitten sind und auf ein größtmögliches Maß an Funktionsfähigkeit abzielen und die nicht bereits durch die Bestimmungen für die Erziehungszulage abgedeckt sind.

2. Teilzeitbeschäftigte erhalten anteilig gekürzte Familienzulagen.

3. Personalangehörige mit Anspruch auf eine der vorgenannten Familienzulagen unterrichten den Kanzler umgehend über alle anderweitig für denselben Zweck erhaltenen vergleichbaren Zahlungen, die sie selbst, ihr Ehegatte oder das andere Elternteil des Kindes erhalten. Diese werden von den nach Maßgabe dieses Statuts gezahlten Zulagen abgezogen.

4. Sind beide Elternteile beim Gericht beschäftigt und teilen sich das Sorgerecht bzw. wechselt das Sorgerecht zwischen ihnen, so werden die Zulagen zu gleichen Anteilen an beide ausgezahlt. Die Elternteile können jedoch in beiderseitigem Einvernehmen entscheiden, wer von ihnen die Zulagen erhalten soll.

ANHANG IV**ART DER STELLEN UND BEZÜGE FÜR BEAMTE UND SONSTIGE BEDIENSTETE DES GERICHTS****1. Direktorinnen und Direktoren**

| Funktion | Bruttogehalt (EUR) |
|---|---------------------------|
| Direktor/in des Mediations- und Schiedszentrum für Patentsachen | <u>11 367</u> |
| Direktor/in des Schulungszentrums | <u>11 367</u> |

2. Personal

| Funktion | Bruttogehalt (EUR) | | | | | | | | |
|------------------------------------|---------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| | Stufe 1 | Stufe 2 | Stufe 3 | Stufe 4 | Stufe 5 | Stufe 6 | Stufe 7 | Stufe 8 | Stufe 9 |
| Fallbearbeiter / Urkundsbeamter | <u>5.569</u> | <u>5.722</u> | <u>5.876</u> | <u>6.031</u> | <u>6.190</u> | <u>6.348</u> | <u>6.506</u> | <u>6.669</u> | <u>6.831</u> |
| Assistent / Sekretär | <u>4.381</u> | <u>4.491</u> | <u>4.600</u> | <u>4.708</u> | <u>4.818</u> | <u>4.929</u> | <u>5.041</u> | <u>5.153</u> | <u>5.265</u> |
| Rechtsberater Präs BG | | | | | | | | | <u>10.230</u> |
| Rechtsberater Präs BG | | | | | | | | | <u>10.230</u> |

Die in dieser Tabelle aufgeführten Bezüge der Beamtinnen und Beamten sowie Bediensteten sind Bruttobeträge in Euro und unterliegen einer geografischen Gewichtung, die auf der Grundlage der Berichtigungskoeffizienten gemäß Artikel 3 der Verordnung (EU) Nr. 423/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Angleichung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Union mit Wirkung vom 1. Juli 2012 sowie der darauf angewandten Berichtigungskoeffizienten ermittelt wird.

ANHANG 2

**STATUT DER BESCHÄFTIGUNGSBEDINGUNGEN FÜR DIE RICHTER, DEN KANZLER UND DEN
HILFSKANZLER DES EINHEITLICHEN PATENTGERICHTS**

Artikel 32

Höhe des monatlichen Grundgehalts

4. Die Höhe des monatlichen Grundgehalts der Richter ist der nachstehenden Tabelle zu entnehmen:

| | <i>Bruttogehalt (in Euro)</i> |
|------------------------|-----------------------------------|
| Berufungsgericht | <u>21.785</u> |
| Gericht erster Instanz | <u>19.643</u> |

5. Der Präsident des Berufungsgerichts und der Präsident des Gerichts erster Instanz erhalten ein monatliches Grundgehalt in Höhe von 105 % des monatlichen Grundgehalts der Richter ihrer jeweiligen Instanz.

6. Die Höhe des monatlichen Grundgehalts des Kanzlers und des Hilfskanzlers ist der nachstehenden Tabelle zu entnehmen:

| | <i>Bruttogehalt (in Euro)</i> |
|--------------|-----------------------------------|
| Kanzler | <u>21.785</u> |
| Hilfskanzler | <u>19.643</u> |

Artikel 34

Familienzulagen

4. Familienzulagen umfassen

- a) die Haushaltszulage, deren Grundbetrag auf die Hälfte der unter Buchstabe c vorgesehenen Zulage für unterhaltsberechtignte Kinder zuzüglich 2 % des monatlichen Nettogrundgehalts festgesetzt wird. Sie wird Richtern, dem Kanzler und dem Hilfskanzler gewährt, die verheiratet sind oder eine eingetragene Partnerschaft führen und sofern sie nicht Staatsangehörige des Landes ihrer dienstlichen Verwendung sind, solange der Ehegatte bzw. Partner nicht erwerbstätig ist;
- b) Die Erziehungszulage, die Richtern, Kanzler und Hilfskanzler bis zu einem Höchstbetrag von **277 Euro** pro Kind und Monat gewährt wird sofern sie nicht Staatsangehörige des Landes ihrer dienstlichen Verwendung sind;

- c) Die Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder, die auf **321 Euro** pro Kind und Monat festgesetzt wird. Sie wird den Richtern, dem Kanzler und dem Hilfskanzler gewährt;
- d) die Zulage für behinderte oder schwerbehinderte Kinder und die Erstattung von durch die Behinderung verursachten Erziehungs- und Ausbildungsausgaben. Der monatliche Grundbetrag der Zulage für behinderte Kinder wird auf die Höhe der Zulage für unterhaltsberechtigte Kinder festgesetzt. Der monatliche Grundbetrag der Zulage für schwerbehinderte Kinder wird auf das Doppelte der Zulage für behinderte Kinder festgesetzt. Es werden 90 % der in den Durchführungsvorschriften gemäß Artikel 53 Absatz 1 dieses Statuts definierten Ausgaben für Erziehung oder Ausbildung erstattet, ausgehend von dem nach Abzug aller anderweitig für denselben Zweck erhaltenen Zahlungen verbleibenden Ausgabenbetrag.

Zulagenberechtigte Teilzeitrichter erhalten nach Maßgabe des Artikels 27 Absatz 3 anteilig gekürzte Familienzulagen.

- 5. Sofern ein Richter, der Kanzler oder der Hilfskanzler Anspruch auf eine der vorgenannten Familienzulagen hat, unterrichtet er umgehend den Präsidenten des Berufungsgerichts oder – im Falle der Richter des Gerichts erster Instanz und des Hilfskanzlers – den Präsidenten des Gerichts erster Instanz über alle anderweitig für denselben Zweck erhaltenen vergleichbaren Zahlungen, die er selbst, sein Ehegatte oder das andere Elternteil des Kindes erhält. Diese werden von den nach Maßgabe dieses Statuts gezahlten Zulagen abgezogen.
- 6. Sind beide Elternteile beim Gericht beschäftigt und teilen sich das Sorgerecht bzw. wechselt das Sorgerecht zwischen ihnen, so werden die Zulagen zu gleichen Anteilen an beide ausgezahlt. Die Elternteile können jedoch in beiderseitigem Einvernehmen entscheiden, wer von ihnen die Zulagen erhalten soll.

*

* *

PERSONALSTATUT DES EINHEITLICHEN PATENTGERICHTS

Artikel 21

Familienzulagen

1. Familienzulagen umfassen

- a) die Haushaltszulage, deren Grundbetrag auf die Hälfte der unter Buchstabe c vorgesehenen Zulage für unterhaltsberechtigter Kinder zuzüglich 2 % des monatlichen Nettogrundgehalts festgesetzt wird. Sie wird Personalangehörigen, die nicht Staatsangehörige des Landes ihrer dienstlichen Verwendung sind, und deren Ehepartner keine bezahlte Tätigkeit ausüben, gewährt;
- b) die Erziehungszulage, die Personalangehörigen, die nicht Staatsangehörige des Landes ihrer dienstlichen Verwendung sind, bis zu einem Höchstbetrag von **277 Euro** pro Kind und Monat gewährt wird;
- c) die Zulage für unterhaltsberechtigter Kinder, die auf **321 Euro** pro Kind und Monat festgesetzt wird.
- d) die Zulage für behinderte oder schwerbehinderte Kinder und die Erstattung von durch die Behinderung verursachten Erziehungs- und Ausbildungsausgaben. Der monatliche Grundbetrag der Zulage für behinderte Kinder wird auf die Höhe der Zulage für unterhaltsberechtigter Kinder festgesetzt. Der monatliche Grundbetrag der Zulage für schwerbehinderte Kinder wird auf das Doppelte der Zulage für behinderte Kinder festgesetzt. Es werden 90 % der in den Durchführungsvorschriften gemäß Artikel 42 Absatz 1 dieses Statuts definierten Ausgaben für Erziehung oder Ausbildung erstattet, ausgehend von dem nach Abzug aller anderweitig für denselben Zweck erhaltenen Zahlungen verbleibenden Ausgabenbetrag. Erstattungsfähig sind nur die für die Erziehung oder Ausbildung des behinderten oder schwerbehinderten Kindes aufgewendeten Ausgaben, die auf dessen Bedürfnisse zugeschnitten sind und auf ein größtmögliches Maß an Funktionsfähigkeit abzielen und die nicht bereits durch die Bestimmungen für die Erziehungszulage abgedeckt sind.

2. Teilzeitbeschäftigte erhalten anteilig gekürzte Familienzulagen.

3. Personalangehörige mit Anspruch auf eine der vorgenannten Familienzulagen unterrichten den Kanzler umgehend über alle anderweitig für denselben Zweck erhaltenen vergleichbaren Zahlungen, die sie selbst, ihr Ehegatte oder das andere Elternteil des Kindes erhalten. Diese werden von den nach Maßgabe dieses Statuts gezahlten Zulagen abgezogen.

4. Sind beide Elternteile beim Gericht beschäftigt und teilen sich das Sorgerecht bzw. wechselt das Sorgerecht zwischen ihnen, so werden die Zulagen zu gleichen Anteilen an beide ausgezahlt. Die Elternteile können jedoch in beiderseitigem Einvernehmen entscheiden, wer von ihnen die Zulagen erhalten soll.

ANHANG IV**ART DER STELLEN UND BEZÜGE FÜR BEAMTE UND SONSTIGE BEDIENSTETE DES GERICHTS****1. Direktorinnen und Direktoren**

| Funktion | Bruttogehalt (EUR) |
|---|---------------------------|
| Direktor/in des Mediations- und Schiedszentrum für Patentsachen | <u>11 503</u> |
| Direktor/in des Schulungszentrums | <u>11 503</u> |

2. Personal

| Funktion | Bruttogehalt (EUR) | | | | | | | | |
|------------------------------------|---------------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|----------------------|
| | Stufe 1 | Stufe 2 | Stufe 3 | Stufe 4 | Stufe 5 | Stufe 6 | Stufe 7 | Stufe 8 | Stufe 9 |
| Fallbearbeiter / Urkundsbeamter | <u>5.636</u> | <u>5.791</u> | <u>5.946</u> | <u>6.104</u> | <u>6.264</u> | <u>6.424</u> | <u>6.584</u> | <u>6.749</u> | <u>6.913</u> |
| Assistent / Sekretär | <u>4.434</u> | <u>4.544</u> | <u>4.655</u> | <u>4.765</u> | <u>4.876</u> | <u>4.989</u> | <u>5.101</u> | <u>5.214</u> | <u>5.328</u> |
| Rechtsberater Präs BG | | | | | | | | | <u>10.353</u> |
| Rechtsberater Präs BG | | | | | | | | | <u>10.353</u> |

Die in dieser Tabelle aufgeführten Bezüge der Beamtinnen und Beamten sowie Bediensteten sind Bruttobeträge in Euro und unterliegen einer geografischen Gewichtung, die auf der Grundlage der Berichtigungskoeffizienten gemäß Artikel 3 der Verordnung (EU) Nr. 423/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Angleichung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Union mit Wirkung vom 1. Juli 2012 sowie der darauf angewandten Berichtigungskoeffizienten ermittelt wird.

*

* *



UPC Budget Committee

Salary Adjustment proposal

Implementing Articles 33 of the Service Regulations and 20 of the Staff Regulations

Submitted by the Chairman of the Budget Committee to the:

Delegates of the Budget Committee

Chairman of the Administrative Committee

Luxembourg, 25/11/2024

Explanatory Note

The draft proposal aims to implement for the year 2025 the rules for the annual adjustment of both the remuneration of the judges, the Registrar and the Deputy Registrar according to Article 33 of the Regulations Governing the Conditions of Service of Judges, the Registrar and the Deputy-Registrar of the Unified Patent Court and the remuneration of the staff of the court according to Article 20 of the Staff regulations of the Unified Patent Court. The draft proposal is based on the implemented methodology laid down by the decision of the Administrative Committee under reference AC/05/19072024 (Rules on the Adjustment of the Remuneration of the Judges, the Registrar, the Deputy Registrar, and the Staff of the Unified Patent Court). The draft proposal assumes that the 2025 yearly adjustment will have retroactive effect from 1 October 2024, and that the 2026 yearly adjustment will have retroactive effect on 1 October 2025. The draft proposal does not take into account the ongoing issue regarding the possible impact of inflation recorded the years before 2024.

Consequently, the proposal to be adopted by the Budget Committee is based on the methodology laid out in the law of the European Union. Specifically, rule 4 references Article 65 (l) and Article I §I, 2 and 4, Article 3 §2 Annex XI of the Staff regulations of officials of the European Union (“EU Staff Regulations”) as implemented and adapted by the Administrative Committee in its aforementioned decision AC/05/19072024.

The proposal of the Budget Committee is in particular based on the report published by the Statistical Office of the European Union (Eurostat) by 1st November of the concerned year on inter alia changes in the cost of living in Belgium and Luxemburg and the changes in the purchasing power of salaries in the national civil Services in central government (Article I § L Annex XI EU Staff regulations).

The proposal is a result of a mathematical operation by multiplying the Joint Index and the Specific indicator, both taken from the Eurostat report. Unlike the EU methodology which adopts intermediate updates of remuneration in July and a final one in October, the Budget Committee shall only consider the total final updates of remuneration as published by the Eurostat report.

According to the “DRAFT AMENDING BUDGET No 5 TO THE EU GENERAL BUDGET 2024” to be voted and adopted by end of October 2024, the total salary adjustment rate for 2024 is **8.5%** including **7.3%** applicable without further condition and retroactively from 1 October 2024. In accordance with the moderation clause as per EU Staff regulations Article 10 of Annex XI, which is also applied for the present proposal, 1.2% shall be indeed deferred to 1 April 2025 and subject to confirmation by the Administrative Committee in due time.

The present draft proposal has been elaborated in consistence with the assumptions made for the draft decision related to the 2025 Budget of the Court.

The proposal once adopted by the Budget Committee shall be after submitted to the Chair of the Administrative Committee by 1 December for decision by the Administrative Committee. The Presidium shall be consulted and the proposal shall take into account the adopted 2025 Budget and take retroactive effect from 1 October 2024.

B LEBoulLENGER

Chairman of the Budget Committee

DECISION OF THE BUDGET COMMITTEE DATED 25 NOVEMBER 2024
ON THE PROPOSAL FOR THE SALARY YEARLY ADJUSTMENT OF THE UNIFIED PATENT COURT

THE BUDGET COMMITTEE,

HAVING REGARD to the Agreement on a Unified Patent Court;

HAVING REGARD to the Statute of the Unified Patent Court and in particular Article 12 thereof;

HAVING REGARD to Article 33 of the Regulations Governing the Conditions of Service of Judges, the Registrar and the Deputy-Registrar of the Unified Patent Court (“Service Regulation”);

HAVING REGARD to Article 20 of the Staff regulations of the Unified Patent Court;

HAVING REGARD to the decision of the Administrative Committee referenced AC/05/19072024;

HAS ADOPTED THE FOLLOWING PROPOSAL:

Article 1

It is proposed **7.3%** as yearly adjustment of remunerations in the United Patent Court applicable to the year 2025 having retroactive effect as of October 1st, 2024. The resulting factual updated amounts follows from Annex 1.

Article 2

It is proposed that the decision to be taken by the Administrative Committee takes into account an additional adjustment of 1.2% applies as of April 1st 2025 unless circumstances that would require a different decision. The resulting factual updated amounts follows from Annex 2.

Done at Luxembourg on 25 November 2024

For the Budget Committee

signed Bruno LEBoulLENGER
The Chairman

ANNEX I

(Proposed)

REGULATIONS GOVERNING THE CONDITIONS OF SERVICE OF JUDGES, THE REGISTRAR AND THE DEPUTY REGISTRAR OF THE UNIFIED PATENT COURT

Article 32

Amount of basic monthly salaries

1. Basic monthly salaries of judges are as provided in the following table:

| | <i>Gross salary (EUR)</i> |
|-------------------------|-------------------------------|
| Court of Appeal | <u>21 527</u> |
| Court of First Instance | <u>19 410</u> |

2. The President of the Court of Appeal and the President of the Court of First Instance shall have a basic monthly salary equal to 105% of that of the judges at their respective instances.

3. Basic monthly salaries of the Registrar and the Deputy-Registrar are as provided in the following table:

| | <i>Gross salary (EUR)</i> |
|------------------|-------------------------------|
| Registrar | <u>21 527</u> |
| Deputy-Registrar | <u>19 410</u> |

Article 34

Family allowances

1. Family allowances shall comprise the following:

- a) The household allowance shall be set at a basic amount of half of the amount of the dependent child's allowance provided for under sub-paragraph c) below, plus 2% of the monthly net salary. It shall be granted to expatriate judges, expatriate Registrar and expatriate Deputy-Registrar with spouse while the spouse has no employment.
- b) The education allowance shall be granted up to a maximum of **274 EUR**/child per month, to expatriate judges, expatriate Registrar and expatriate Deputy-Registrar.
- c) The dependent child's allowance shall be set at **318 EUR**/child per month. It shall be granted to judges, the Registrar and Deputy-Registrar.
- d) Disabled or severely disabled child allowance and reimbursement for education and/or training costs that are related to the disability. The disabled child allowance shall be a monthly basic amount equal to the dependent child's allowance. The severely disabled child allowance shall be a monthly basic amount equal to double the disabled child allowance. Reimbursement of education and training expenses shall amount to 90% of the expenses defined in the Implementing instructions as set out in Article 53 (1) of these Regulations, on the basis of the remaining amount of expenses

after the deduction of any payments that have been received from any other sources and for the same purpose.

Eligible part-time judges shall receive family allowances on a *pro rata* basis in accordance with Article 27(3) of these Regulations.

2. A judge, the Registrar or the Deputy-Registrar entitled to any of the above mentioned allowances shall be required to report to the President of the Court of Appeal or, in the case of a judge of the Court of First Instance or of the Deputy-Registrar, to the President of the Court of First Instance any payments of the same nature or for similar purpose that are received from other sources by him, his spouse or the child's other parent. The amounts of any such payments shall be deducted from the benefits paid under these Regulations.
3. In case of shared or alternate custody, the payment of the allowances shall be shared equally between the two persons employed by the Court who are the child's parents. However, the parents may decide by mutual agreement which of them will receive the allowances.

*

* *

(Proposed)

STAFF REGULATIONS OF THE UNIFIED PATENT COURT

Article 21

Family allowances

1. Family allowances shall comprise the following:

a) The household allowance shall be set at a basic amount of half of the dependent child's allowance provided for under sub-paragraph c), plus 2% of the monthly net salary. It shall be granted to expatriate staff with spouse while the spouse has no remunerated employment.

b) The education allowance shall be granted up to a maximum of **274 EUR**/child per month, to expatriate staff.

c) The dependent child's allowance shall be set at **318 EUR**/child per month.

d) The disabled or severely disabled child allowance and reimbursement for education and/or training costs that are related to the disability. The disabled child allowance shall be a monthly basic amount equal to the dependent child's allowance. The severely disabled child allowance shall be a monthly basic amount equal to double the disabled child allowance. Reimbursement of education and training expenses shall amount to 90% of the expenses defined in the Implementing instructions, as set out in Article 42(1) of these Regulations, on the basis of the remaining amount of expenses after the deduction of any payments that have been received from any other sources and for the same purpose. Only those expenses incurred with a view to providing the disabled or severely disabled child with access to an education or training programme designed to meet his needs in order to obtain the best possible functional capacity, and which are not otherwise covered by the provisions governing the education allowance, shall be eligible for reimbursement.

2. Part-time staff shall receive family allowances on a pro rata basis.

3. A staff member entitled to any of the above mentioned allowances shall be required to report to the Registrar any payments of the same nature or for similar purpose that are received from other sources by him, his spouse or the child's other parent. The amounts of any such payments shall be deducted from the benefits paid under these Regulations.

4. In case of shared or alternate custody, the payment of the allowances shall be shared equally between the two staff members employed by the Court who are the child's parents. However, the parents may decide by mutual agreement which of them will receive the allowances.

ANNEX IV

TYPES OF POSTS AND REMUNERATION FOR STAFF OF THE COURT

1. Directors

| Function | Gross salary (EUR) |
|--|--------------------|
| Director of the Mediation and Arbitration Centre | <u>11 367</u> |
| Director of the Training Centre | <u>11 367</u> |

2. Staff

| Function | Gross salary (EUR) | | | | | | | | |
|--------------------------|--------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|---------------|
| | Step 1 | Step 2 | Step 3 | Step 4 | Step 5 | Step 6 | Step 7 | Step 8 | Step 9 |
| Case Manager / Clerk | <u>5 569</u> | <u>5 722</u> | <u>5 876</u> | <u>6 031</u> | <u>6 190</u> | <u>6 348</u> | <u>6 506</u> | <u>6 669</u> | <u>6 831</u> |
| Assistant / Secretary | <u>4 381</u> | <u>4 491</u> | <u>4 600</u> | <u>4 708</u> | <u>4 818</u> | <u>4 929</u> | <u>5 041</u> | <u>5 153</u> | <u>5 265</u> |
| Legal Assistant Pres CoA | | | | | | | | | <u>10 230</u> |
| Legal Assistant Pres CFI | | | | | | | | | <u>10 230</u> |

The salaries of the staff as set out in this table are gross, expressed in euros, and subject to geographical weighing determined on the basis of the correction coefficients set in Article 3 of the Regulation (EU) No 423/2014 of the European Parliament and of the Council of 16 April 2014 adjusting with effect from 1 July 2012 the remuneration and pensions of officials and other servants of the European Union and the correction coefficients applied thereto.

ANNEX II**(Proposed)****REGULATIONS GOVERNING THE CONDITIONS OF SERVICE OF JUDGES, THE REGISTRAR AND THE DEPUTY REGISTRAR OF THE UNIFIED PATENT COURT****Article 32****Amount of basic monthly salaries**

4. Basic monthly salaries of judges are as provided in the following table:

| | <i>Gross salary (EUR)</i> |
|-------------------------|-------------------------------|
| Court of Appeal | <u>21 785</u> |
| Court of First Instance | <u>19 643</u> |

5. The President of the Court of Appeal and the President of the Court of First Instance shall have a basic monthly salary equal to 105% of that of the judges at their respective instances.

6. Basic monthly salaries of the Registrar and the Deputy-Registrar are as provided in the following table:

| | <i>Gross salary (EUR)</i> |
|------------------|-------------------------------|
| Registrar | <u>21 785</u> |
| Deputy-Registrar | <u>19 643</u> |

Article 34**Family allowances**

4. Family allowances shall comprise the following:

- a) The household allowance shall be set at a basic amount of half of the amount of the dependent child's allowance provided for under sub-paragraph c) below, plus 2% of the monthly net salary. It shall be granted to expatriate judges, expatriate Registrar and expatriate Deputy-Registrar with spouse while the spouse has no employment.
- b) The education allowance shall be granted up to a maximum of **277 EUR**/child per month, to expatriate judges, expatriate Registrar and expatriate Deputy-Registrar.
- c) The dependent child's allowance shall be set at **321 EUR**/child per month. It shall be granted to judges, the Registrar and Deputy-Registrar.
- d) Disabled or severely disabled child allowance and reimbursement for education and/or training costs that are related to the disability. The disabled child allowance shall be a monthly basic amount equal to the dependent child's allowance. The severely disabled child allowance shall be a monthly basic amount equal to double the disabled child allowance. Reimbursement of education and training expenses shall amount to 90% of the expenses defined in the Implementing instructions as set out in Article 53 (1) of these Regulations, on the basis of the remaining amount of expenses

after the deduction of any payments that have been received from any other sources and for the same purpose.

Eligible part-time judges shall receive family allowances on a *pro rata* basis in accordance with Article 27(3) of these Regulations.

5. A judge, the Registrar or the Deputy-Registrar entitled to any of the above mentioned allowances shall be required to report to the President of the Court of Appeal or, in the case of a judge of the Court of First Instance or of the Deputy-Registrar, to the President of the Court of First Instance any payments of the same nature or for similar purpose that are received from other sources by him, his spouse or the child's other parent. The amounts of any such payments shall be deducted from the benefits paid under these Regulations.

6. In case of shared or alternate custody, the payment of the allowances shall be shared equally between the two persons employed by the Court who are the child's parents. However, the parents may decide by mutual agreement which of them will receive the allowances.

*

* *

(Proposed)

STAFF REGULATIONS OF THE UNIFIED PATENT COURT

Article 21

Family allowances

1. Family allowances shall comprise the following:

a) The household allowance shall be set at a basic amount of half of the dependent child's allowance provided for under sub-paragraph c), plus 2% of the monthly net salary. It shall be granted to expatriate staff with spouse while the spouse has no remunerated employment.

b) The education allowance shall be granted up to a maximum of **277 EUR**/child per month, to expatriate staff.

c) The dependent child's allowance shall be set at **321 EUR**/child per month.

d) The disabled or severely disabled child allowance and reimbursement for education and/or training costs that are related to the disability. The disabled child allowance shall be a monthly basic amount equal to the dependent child's allowance. The severely disabled child allowance shall be a monthly basic amount equal to double the disabled child allowance. Reimbursement of education and training expenses shall amount to 90% of the expenses defined in the Implementing instructions, as set out in Article 42(1) of these Regulations, on the basis of the remaining amount of expenses after the deduction of any payments that have been received from any other sources and for the same purpose. Only those expenses incurred with a view to providing the disabled or severely disabled child with access to an education or training programme designed to meet his needs in order to obtain the best possible functional capacity, and which are not otherwise covered by the provisions governing the education allowance, shall be eligible for reimbursement.

2. Part-time staff shall receive family allowances on a pro rata basis.

3. A staff member entitled to any of the above mentioned allowances shall be required to report to the Registrar any payments of the same nature or for similar purpose that are received from other sources by him, his spouse or the child's other parent. The amounts of any such payments shall be deducted from the benefits paid under these Regulations.

4. In case of shared or alternate custody, the payment of the allowances shall be shared equally between the two staff members employed by the Court who are the child's parents. However, the parents may decide by mutual agreement which of them will receive the allowances.

ANNEX IV

TYPES OF POSTS AND REMUNERATION FOR STAFF OF THE COURT

1. Directors

| Function | Gross salary (EUR) |
|--|--------------------|
| Director of the Mediation and Arbitration Centre | <u>11 503</u> |
| Director of the Training Centre | <u>11 503</u> |

2. Staff

| Function | Gross salary (EUR) | | | | | | | | |
|--------------------------|--------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|---------------|
| | Step 1 | Step 2 | Step 3 | Step 4 | Step 5 | Step 6 | Step 7 | Step 8 | Step 9 |
| Case Manager / Clerk | <u>5 636</u> | <u>5 791</u> | <u>5 946</u> | <u>6 104</u> | <u>6 264</u> | <u>6 424</u> | <u>6 584</u> | <u>6 749</u> | <u>6 913</u> |
| Assistant / Secretary | <u>4 434</u> | <u>4 544</u> | <u>4 655</u> | <u>4 765</u> | <u>4 876</u> | <u>4 989</u> | <u>5 101</u> | <u>5 214</u> | <u>5 328</u> |
| Legal Assistant Pres CoA | | | | | | | | | <u>10 353</u> |
| Legal Assistant Pres CFI | | | | | | | | | <u>10 353</u> |

The salaries of the staff as set out in this table are gross, expressed in euros, and subject to geographical weighing determined on the basis of the correction coefficients set in Article 3 of the Regulation (EU) No 423/2014 of the European Parliament and of the Council of 16 April 2014 adjusting with effect from 1 July 2012 the remuneration and pensions of officials and other servants of the European Union and the correction coefficients applied thereto.

*

* *

ANNEX B



The Presidium of the Unified Patent Court

Written statement on the Budget Committees proposal for the annual adjustment of salaries

7 December 2024

On 25 November 2024, the Budget Committee adopted the annexed decision D-BC/04/25112024 containing its proposal for the 2024 adjustment of salaries under Rule 4 of the Rules on the Adjustment of the Remuneration of the Judges, the Registrar, the Deputy Registrar and the Staff of the Unified Patent Court (D-AC/05/19072024) implementing Articles 33 of the Service Regulations and 20 of the Staff Regulations (Rules on the Adjustment of Remuneration).

The Proposal has been transmitted to the Chairman of the Administrative Committee who, in accordance with Article 5 of the Rules on the Adjustment of Remuneration, has invited the Presidium of the Unified Patent Court (the Presidium) to submit a written statement on the Proposal.

The Presidium takes note that the Proposal follows the method laid out in Rule 4 of the Rules on the Adjustment of Remuneration and hence is based on the methodology laid out in the Law of the European Union and consequently also follows the annual report from the Statistical Office of the European Union. Furthermore, the Presidium takes note that the proposal is without prejudice to the ongoing debate in the Administrative Committee regarding establishing a new baseline salary taking into account the inflation rate between 2016 and 2023.

Against this background the Presidium endorses the Proposal.

Klaus Grabinski

President of the Court of Appeal and Chairman of the Presidium